Über die Tabuisierung der Palästinasolidarität in Deutschland

Meine Rede möchte ich den Herausforderungen, die mit der Veranstaltung einer Kundgebung wie dieser hier verbunden ist, widmen, der Tabuisierung der Solidarität mit Palästina.

Internationalistischer und antirassistischer Aktivismus in Deutschland ist mit einem für internationale Linke sonderbaren Problem konfrontiert. Menschen, die auf die Ungerechtigkeiten gegen ein unterdrücktes Volk aufmerksam machen möchten und diesen bei ihrem Kampf für Selbstbestimmung beistehen möchten, machen die Erfahrung, dass ihr politischer Einsatz, sie selbst und ihre Gruppen delegitimiert, diskreditiert und teilweise sogar kriminalisiert werden.

Das Ziel der angreifenden Personen ist nicht nur, die solidarischen Aktivist*innen einzuschüchtern oder in ihrer Arbeit zu behindern, sondern auch andere Menschen, die sich möglicherweise solidarisieren könnten, abzuschrecken. Worum geht es? Es soll ein Konsens darüber geschaffen werden, dass jede Kritik an Israel nur Antisemitismus sein kann. Die Solidarität mit dem palästinensischen Volk soll, egal welcher Unterdrückung sie ausgesetzt sind, zu einem Tabuthema werden.

Die Tabuisierung der Solidarität mit Palästina wird von Politiker*innen mit kapitalistischem und kolonialem Denken, einer unkritischen Medienöffentlichkeit und schließlich durch Zugehörige zu der antideutschen Szene befördert.

Die Verweigerung von öffentlichen Räumen für palästina-solidarische Veranstaltungen wie sie letztes Jahr vom Bundestag beschlossen wurde ist ein Beispiel dafür wie Politiker*innen eine Tabuisierung der Solidarität herstellen. Die unkritische Medienöffentlichkeit dagegen ist erkennbar daran, dass diese bei der Berichterstattung Israel und Palästina als gleich starke Parteien behandelt und den Fokus weglenkt von der israelischen Besatzung. Es bestehen allerdings auch ungleiche Machtverhältnisse darüber wer überhaupt über das Thema sprechen darf. Während es salonfähiger ist sich unkritisch auf die Seite des israelischen Staates zu stellen, finden die Erfahrungsberichte von palästinensischen Zeitzeug*innen selten Raum in der Medienberichterstattung. Damit werden die Betroffenen israelischer Besatzung gesilenced.

Menschen, die der antideutschen Ideologie anhängen, sind weitere Akteur*innen, die versuchen die Artikulation der Solidarität mit Palästina zu unterdrücken. Antideutsche veranstalten regelmäßig auf zumeist abstrusen Anschuldigungen beruhende

Diffamierungskampagnen. Sie verbreiten dabei verzerrte oder falsche Informationen über die Aussagen vermeintlich antisemitischer Personen, von denen sie annehmen, dass sie kritisch gegenüber Israel sind. Die Orte der Angriffe sind sehr unterschiedlich: digitale Räume, eigene Printveröffentlichungen antideutscher Gruppen oder öffentliche Treffen linkspolitischer Gruppen. Indem sie die Arbeitsplätze von Menschen, die mit Palästina solidarisch sind, kontaktieren und rufschädigende Vorwürfe über sie verbreiten, zielen sie aber auch auf die Zerstörung der Lebensgrundlage von Arbeiter*innen ab. Ihre Versessenheit jede Solidaritätsbekundung als illegitim zu diskreditieren geht soweit, dass Anhänger*innen der Ideologie an Kontaktschuld glauben. So genügt es bereits Kontakt zu einer diffamierten Person gehabt zu haben, um selbst diffamiert zu werden.

Die Angriffe richten sich gegen solidarische Aktivist*innen ebenso wie gegen politisch unbeteiligte Personen, gegen Muslim*innen ebenso wie gegen Jüd*innen und gegen Palästinenser*innen ebenso wie gegen Israelis.

Zu den Menschen, die antideutsche Hetzangriffe erleben, auch wenn sie an den öffentlichen Diskussionen zum Nahen Osten kaum oder völlig unbeteiligt sind, gehören beispielsweise viele Muslim*innen und muslimische Frauen im Speziellen. Das Muslimisch-Sein macht sie zu Objekten orientalistisch-rassistischer Zuschreibungen, wenn ihnen allein aufgrund ihres Glaubens Antisemitismus vorgeworfen wird. Eine solche Erfahrung machten vor einem Jahr auch eine Freundin und ich, als wir in unserem politischen Engagement für muslimische Frauen diffamiert und unsere rassismuskritische Veranstaltung von einem antideutschen Mann gestört wurde. Diese Angriffe waren wie so häufig mit der patriarchalen Vorstellung verknüpft, dass es legitim und einfach sei uns als muslimische Frauen* zu kontrollieren und zu bevormunden.

Dass selbst Jüd*innen antideutschen Angriffen ausgesetzt sind, zeigt wiederum, dass es den hetzenden Personen und Gruppierungen nicht um eine aufrichtige Solidarität mit einer diskriminierten Gruppe geht. Vielmehr steht die nationalkonservative und bedingungslose Unterstützung eines kolonialen und kapitalistischen Staates im Mittelpunkt. Hierzu missbrauchen sie den Begriff des Antisemitismus, indem sie ihn nicht etwa als Zuschreibung zu Judenfeindlichkeit verwenden, sondern als Zuschreibung zu Illoyalität gegen Israel. Auf diese Weise werden selbst Jüd*innen für antisemitisch erklärt, wenn sie in Deutschland in eigenen antifaschistischen Strukturen solidarisch für palästinensische Rechte einstehen.

Menschen, die die Kufiya beziehungsweise den Puşi tragen, sind eine weitere Gruppe, die regelmäßig Angriffen antideutscher Gruppen ausgesetzt sind. Die Kufiya stellt ein Symbol des

palästinensischen Widerstands und der Solidarität mit Palästina dar. Sie trägt aber auch eine politisch-symbolische Bedeutung für andere kulturelle Gruppen. So ist ebenso für Kurd*innen der Puşi ein Symbol des Widerstands. Jenseits davon stellt die Kufiya für viele Menschen ein traditionelles Kleidungsstück dar. Es ist beispielsweise auch ein Teil der Kleidungskultur des Dorfes meiner türkischen Familienangehörigen in der Türkei. Eine Anfeindung solcher Menschen, die ihre eigene in ihrer gesellschaftlichen Unterschicht verbreitete Kleidung tragen, ist nicht nur allgemein rassistisch, sondern auch klassistisch. Dennoch gibt es immer wieder teilweise auch erfolgreiche Versuche ein auf die Kufiya bezogenes Kleidungsverbot für Demonstrationsveranstaltungen zu beschließen. Auch von der diesjährigen 1. Mai-Demo in Münster ist bekannt, dass das Tragen eines Puşis zu rassistischer Belästigung führte.

Demonstrationen sind auch in Israel ein Ort, an dem versucht wird die Solidarität mit Palästina zu unterbinden. Linke Israelis sind dort bei Protesten starker Polizeigewalt ausgesetzt. Ihre Perspektive wird in der Öffentlichkeit delegitimiert und als verfälscht dargestellt. Aber selbst nach der Flucht aus diesen repressiven Verhältnissen erleben Menschen noch die Tabuisierung ihrer Erfahrungen. Für Palästinenser*innen, die durch die Lebensumstände in Palästina und militärische Angriffe Israels traumatisiert sind, bedeutet die Tabuisierung ihrer Perspektive eine Fortsetzung ihrer Unterdrückung. Ihre Wunden werden immer wieder aufgerissen.

Ob es ein solidarischer Online-Kommentar ist oder Aktivismus auf der Straße, es ist wichtig, dass Solidarität mit Palästina sichtbar ist. Schließt euch zusammen, vernetzt euch mit Palästinenser*innen und verbündet euch mit bereits engagierten Aktivist*innen. Lasst vor allem die Betroffenen reden und hört den Betroffenen zu. Fühlt euch dazu eingeladen gerade

diese Kundgebungsveranstaltung auch als Gelegenheit zu nutzen, um Mitstreiter*innen kennen zu lernen. Nicht nur ist es wertvoll, wenn ihr selbst politisch aktiv werdet. Fühlt euch dazu ermutigt, euch in eurem Umfeld, in euren Netzwerken zu der Unterdrückung Palästinas zu positionieren. Ihr seid nicht alleine. Die Solidarität mit Palästina ist eine Haltung internationaler Solidarität, die getragen ist von vielen progressiven Linken.

Es ist gleichzeitig wichtig Mitstreiter*innen und unbeteiligte Zielpunkte antideutscher Personen und Gruppen nicht alleine zu lassen, wenn sie angegriffen werden. Es mag für Menschen gefährlich wirken an dieser Stelle Solidarität zu zeigen. Ich möchte diesen Leuten Mut zusprechen, sich nicht auf die Kontaktschuld-Mentalität antideutscher Anschuldigungen einzulassen. Lasst uns den engagierten solidarischen Aktivist*innen, rassifizierten oder sexistisch rassifizierten Muslim*innen und vor allem palästinensischen Geschwistern, Freund*innen und Genoss*innen beistehen. Die Solidarität mit Palästina darf nicht verstummen. Lasst uns unsere Stimme erheben gegen die Annexion.